

GNZ 21.4.2015

„Lokalpolitik schleicht sich aus der Verantwortung“

S. 32

Dachverband Gegenwind: Bau der Windräder im Spessart von langer Hand vorbereitet

Jossgrund/Flörsbachtal (re). Für die ersten elf Windräder im Naturpark Spessart bei Flörsbachtal ist die Frist zur Abgabe von Stellungnahmen abgelaufen. Interessierte Bürger hatten dabei nur die Möglichkeit, die Genehmigungsunterlagen mit vielen Hundert Seiten in den Ämtern einzusehen, beklagt die Anti-Windkraft-Initiative „Gegenwind“.

Entgegen der üblichen Vorgehensweise seien die Daten nicht in elektronischer Form zur Verfügung gestellt worden. Angeblich aus Wettbewerbsgründen sei dies vom Antragsteller, der Firma Juwi, abgelehnt worden. Kommunale Politiker sprächen gerne von Bürgerbeteiligung und Transparenz. Dort hätten sie nach Ansicht von „Gegenwind“ die Forderung vieler Bürger nach Bereitstellung der

Unterlagen in elektronischer Form unterstützen können. Stattdessen sei lapidar zu hören gewesen, dass der Landkreis nicht am laufenden Genehmigungsverfahren beteiligt sei, es werde vielmehr vom Regierungspräsidium in Darmstadt geführt.

„Was ist an dieser Aussage, wie sie unter anderem auch von Landrat Pipa kam, wahr und ist der Landkreis tatsächlich bei diesem Großprojekt unbeteiligt?“, fragt der Bad Orber Gegenwind Vorsitzende Heinz Josef Prehler. Die Fakten zeigten genau das Gegenteil. Der Genehmigungsantrag sei zwar vom Windkraftanlagenbauer beim Regierungspräsidium Darmstadt gestellt worden. Betreiber und Investor sei jedoch die Naturenergie Main-Kinzig. Ihr Wirtschaftsplan 2014-2015 weise einzig

und allein den Bau von 17 Windkraftanlagen im Windpark Jossgrund/Flörsbachtal aus. Die Naturenergie Main-Kinzig sei über die Versorgungsservice Main-Kinzig eine Enkelgesellschaft der Kreiswerke Main-Kinzig. Dies zeige klar und deutlich, dass der Kreis mit Landrat Pipa als Aufsichtsratsvorsitzendem der Kreiswerke Main-Kinzig über Versorgungsservice und Naturenergie direkt den Bau des Windparks als Betreiber und Investor vorantreibt. Mit dem Statement der Kommunalpolitiker „Der Landkreis ist nicht am laufenden Genehmigungsverfahren beteiligt“, werde also nur ein kleiner Zipfel Wahrheit, nämlich das Genehmigungsverfahren selbst, angesprochen. Der überwiegende und entscheidende Teil der unausgesprochenen Wahrheit

sei jedoch, dass der Bau und der Betrieb dieser den Naturpark Spessart zerstörenden Anlagen von langer Hand maßgeblich von Kreispolitikern vorbereitet wurden und die erforderlichen Investitionen über die kreiseigenen Gesellschaften sichergestellt werden.

Mit den ersten elf Anlagen werde aber nicht Schluss sein. Laut dem Entwurf des Regionalplans Südhessen aus 2014 solle etwa eine Fläche 3500 Hektar im Naturpark Hessischer Spessart als Vorrangflächen für Windkraft ausgewiesen werden. Das biete nach üblicher Abschätzung Platz für etwa 350 Windkraftanlagen mit 200 Meter Höhe. Der Hessische Spessart werde damit vom Naturpark zum Industriepark degenerieren. Dabei hätte der Kreis erst kürzlich mit hohem finanziellen Einsatz die

„Spessart Tourismus und Marketing GmbH“ gegründet. „Welch ein Widerspruch“, meint Prehler. Auch Susanne Simmler als verantwortliche Lokalpolitikerin habe anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung in Bad Orb nicht erklären können, wie der Bau von 200 Meter hohen Windräder im schönsten Teil des Spessarts mit der beabsichtigten Tourismusförderung zusammenpasst.

Keiner der Entscheider im Main-Kinzig-Kreis solle in Zukunft sagen können, dass er oder sie nicht gewusst habe, welche fatale Folgen diese Windkraftpolitik für den Spessart hat. „Wir fordern sie auf, ihre Position zum Bau von Windkraftanlagen im Naturpark Spessart zu überdenken und diese in den laufenden Koalitionsverhandlungen zum Ausdruck zu bringen.“